Allgemeiner Anzeiger

für das Volme- und Ennepe-Gebiet

Halverscher Allgemeiner Anzeiger
Schalksmühler General-Anzeiger

Amtliches Publikationsorgan
Erscheinungsort: Halver i. Westf. / Ruf 442

Allgemeiner Anzeiger für das Amt Kierspe / Breckerfelder Tageblatt

Erscheint werktäglich / Monatlicher Bezugspreis durch die Post RM. 1.86 (einschließlich 30 Pfg. Postgebühr und 36 Pfg. Zustellgebühr / Bei Eintritt höherer Gewalt, Betriebsstörung etc. besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder teilweise Zurückzahlung des Bezugspreises / Anzeigenpreise: 1 mm hoch, 46 mm breit 8 Pfg. / Millimeterzeile im Textteil 30 Pfg. / Nachlaßstaffel A nach Preisliste 5 / Ziffergebühr 30 Pfg. und Porto.

Geschäftsstellen: Schalksmühle: Herm. Piepenstock; Oberbrügge: Rob. Wasserfuhr; Kierspe - Bahnhof: Fritz Becker - Kierspe: Fritz Schaefer. Rönsahl: Walter Crone; Breckerfeld: Fr. Klett — — — —

Nr. 276 **Montag, den 26. November (Windmond) 1934** **34. Jahrg.**

Die Klammer um Deutschland.

Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit und Beflissenheit hat der amtliche Pariser Dementierapparat gegenüber der aufsehenerregenden Erklärung des Abgeordneten Archimbaud über das französisch-russische Militärabkommen gearbeitet. Es war auch nötig: die von dem Heeresberichterstatter der Kammer ausgeplauderten Offenherzigkeiten haben in der ganzen politischen Welt gewirkt wie eine unversehens hochgegangene Flattermine. Man kann sich vorstellen, daß Herr Archimbaud, der Held des Tages, für seine so undiplomatische Formulierung unmittelbar nach seinem Auftritt unter vier Augen einen kräftigen Anpfiff von Herrn Laval bekommen hat. Das geht uns nichts an. Um so mehr geht uns die Sache selbst an. Und da kann man zunächst feststellen, daß die „redigierte Fassung" der Kriegspakterklärung in ihrem entscheidenden Satz fast noch schlimmer ist als die vor dem Heeresausschuß gesprochenen Worte. „In der Erkenntnis, daß die Haltung Deutschlands den Frieden zu gefährden droht . . .", so steht es jetzt in der offiziellen Übertragung des Stenogramms. Daß das eine Abschwächung gegenüber dem vorher Gesprochenen sein soll, kann niemand einsehen, um so weniger, wenn die folgenden Worte nicht nur die Tatsache militärischer Abmachungen, sondern auch die besondere Formung dieser Abmachungen für einen Konfliktsfall mit Deutschland bestätigen.

Wir wollen hier nicht die bekannten offiziellen deutschen Friedenserklärungen wieder aufzählen; wir haben das schon deshalb nicht nötig, weil nicht wir Deutschen es sind, die sich gegen den Vorwurf der kriegsbetreibenden Aufrüstung und der militärisch unterbauten Einkreisungspolitik zu verteidigen haben. Wir wollen auch nicht die zahlreichen Fälle aus der Nachkriegsgeschichte aufzählen, in denen Frankreich jedesmal, wenn es bei einem neuen Akt der Friedensstörung vor aller Welt bloßgestellt war, Deutschland als den Schuldigen und Böswilligen hinstellte, das ist Jahrhunderte alte französische Tradition, die in der Politik alle Gesetze des Rechtes, der Moral und des Gewissens grundsätzlich ausschaltet. Es geht mit diesem französisch-russischen Abkommen genau so wie mit den durch Indiskretionen bekanntgewordenen Militärabkommen Frankreichs mit Polen, mit der Kleinen Entente, mit Belgien und mit dem französisch-englischen Marineabkommen, das durch den Pariser Vertreter der amerikanischen Hearstpresse im September 1929 aufgedeckt wurde. Nach der Satzung des sogenannten Völkerbundes müssen alle zwischen Völkerbundsmitgliedern abgeschlossenen Verträge, Abkommen usw. in Genf in ihrem Wortlaut hinterlegt und registriert werden; da der „Völkerbund" nichts anderes wie eine außenpolitische Faktorei des Quai d'Orsay ist, ist es Frankreich nicht im Traume eingefallen, solche Pakte der kriegerischen Einkreisung in Genf satzungsgemäß registrieren zu lassen, nicht etwa deshalb, weil man damals noch mit Deutschland am selben Ratstisch saß, sondern weil man seine besten Trümpfe für einen entscheidenden Schlag in der Hand behält.

Es ist hier ganz gleichgültig, ob es sich bei dem Sachverhalt, der den Ausplaudereien des Herrn Archimbaud zugrunde liegt, um ein regelrechtes Militärbündnis mit allen Hilfsverpflichtungen oder um einen Teilpakt in Form eines militärischen Luftabkommens oder sonst was handelt. Das wäre Streit um Worte. Überdies läßt selbst die „redigierte Fassung" für keinen Kundigen mehr einen Rest des Zweifels übrig. Sie ist deutlich genug. Sie würde in der Vorkriegszeit zum mindesten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wenn nicht mehr, bedeutet haben. Wozu also noch dieses automatische „Dementi", das in heutigen Zeiten niemand mehr als etwas anderes denn als Bestätigung ansieht und das sich zudem mit rein formellen Dingen befaßt. Nichts ist in der Politik törichter als Illusionen, halten wir uns also an die Tatsachen.

Und da muß man sich auch, so gern man die Rede des französischen Kriegsministers General Mauroin als Beschwichtigung für seine eigenen Landsleute und als Entgegenkommen nach Deutschland hin nehmen möchte, aller wunschbestimmten Gefühle enthalten und bei der Wirklichkeit bleiben. Und die sieht eben so aus, daß General Mauroin in der gleichen Rede, in der er die Folgen der Archimbaudschen Explosion einzuschränken versucht, u. a. von den „riesigen Verdiensten des französischen Militärattachés um die Annäherung zwischen den beiden Armeen" gesprochen hat — das ist alles andere als eine Widerlegung jener Bündniserklärung. Und der General hat es auch nicht für nötig gehalten, den von Archimbaud in der Kammer verteilten Phantasiebericht über die Reichswehr als baren Unsinn zu bezeichnen, obwohl gerade der General und Kriegsminister genau weiß, daß Deutschland eine kriegsverwendungsfähige Mannschaft von 5½ Millionen Mann (!) höchstens auf dem Monde, aber nicht in seinen Grenzen hat.

Nein, diese Rede schafft die Pariser Minenexplosion nicht aus der Welt. Das ist zweifellos auch die Ansicht in London, sonst würde man nicht in den dortigen großen Blättern Überschriften lesen wie „Rußland marschiert mit Frankreich" oder „Amtliche Enthüllungen aus Paris gegen Deutschland". Zur selben Stunde aber, als diese unheilschwangere Debatte in der Pariser Kammer war, sprach in Berlin Reichsminister Dr. Goebbels wieder von Deutschlands Verständigungsbereitschaft — hier die offene Hand, drüben Kanonen und Kriegsbündnisse.

P. A. R.

Hitler vor den französischen Frontsoldaten

Hitlers Friedenswille.

Eine Unterredung mit dem französischen Frontkämpferführer.

Die französische Presse beschäftigt sich nach wie vor mit einer Unterredung, die der Führer und Reichskanzler vor einiger Zeit dem Führer der französischen Nationalen Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer, Goy, gewährt hat, wobei die französischen Zeitungen sich zum Teil in übelwollenden Bemerkungen und geflissentlichen Mißdeutungen ergehen. Zur Klarstellung und objektiven Würdigung der Ausführungen des Führers über die deutsch-französischen Beziehungen wird jetzt vom DNB. mitgeteilt, daß der Führer nach den Mitteilungen des Herrn Goy u. a. folgendes erklärt hat:

„Zwischen unseren beiden Völkern darf es keine Mißverständnisse geben. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten gehen vom Saarproblem aus. Die französische Presse schien die Annahme aufkommen zu lassen, daß wir Deutschen einen Putsch vorbereiteten. Es ist reine Torheit, zu glauben, daß Deutschland durch Gewaltanwendung die kommende Volksbefragung zu stören suchen will. Ich erkläre formell, daß wir uns vor dem Ergebnis der Volksabstimmung, gleichviel, wie sie ausfällt, beugen werden."

Als das Gespräch dann auf die Verträge übergegriffen habe, habe der Führer lebhaft von den moralischen Ehrenforderungen des deutschen Volkes gesprochen und hinzugefügt: „Es kann von einer Versetzung eines Grenzpfahles nicht die Rede sein. Sie kennen meine Auffassung hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Ich habe ein für allemal erklärt, daß es keine Lösung wäre, alle zwanzig oder dreißig Jahre Krieg zu führen, um Provinzen wieder zu nehmen, die Frankreich stets Schwierigkeiten verursachten, wenn sie französisch waren, und Deutschland, wenn sie deutsch waren. Hier denkt das heutige Deutschland nicht so wie das frühere Deutschland.

Wir denken nicht an zu erobernde Quadratkilometer von Gebiet. Wir haben die Sicherung des Lebens unseres Volkes im Auge. Worauf es jetzt ankommt, ist, zu arbeiten, um eine neue soziale Ordnung herzustellen.

Man wird andeuten können, ich suchte nur Zeit zu gewinnen, um meine Vorbereitungen zu vollenden. Darauf antworte ich, daß mein Arbeitsplan derartig ist, daß der Mann, der das Ziel wird erreichen können, das ich mir gesteckt habe, von der Dankbarkeit seines Volkes ein viel größeres Denkmal verdienen wird als dasjenige, das ein ruhmreicher Führer nach zahlreichen Siegen verdienen konnte.

Wenn Frankreich und Deutschland sich verständigen, so wird eine große Anzahl von Nachbarvölkern einen Seufzer der Erleichterung ausstoßen, und ein Alpdruck würde verschwinden.

Es würde sich eine sofortige Entspannung ergeben, eine Besserung der Wirtschaftsbeziehungen aller Länder Europas. Von unseren beiden Völkern hängt es ab, daß dieser Traum Wirklichkeit wird. Ich bin der Ansicht, daß die Männer, die den Krieg mitgemacht haben und die in ihrer Mehrzahl noch in dem Alter stehen, um aufs neue mobilisiert zu werden, eine klarere Vorstellung von den Gefahren haben, die die Nichtverständigung beider Völker heraufbeschwört. Ohne Rücksicht auf diplomatische Gepflogenheiten müssen sie sich ihre natürlichen Besorgnisse anvertrauen und rechtzeitig mitteilen, um die Konfliktsgefahren zum Verschwinden zu bringen."

Ein offener Brief Jean Goys.

Der französische Frontkämpferführer und Abgeordnete Jean Goy wendet sich in einem offenen Brief scharf gegen die Vorwürfe, die von chauvinistischen Kreisen wegen seiner Aussprache mit dem Führer gegen ihn erhoben worden sind. Er erklärt, daß er den gegenwärtigen Augenblick für besonders geeignet zur Einleitung einer deutsch-französischen Aussprache ansehe, da die Saarabstimmung dicht bevorstehe und man alles tun müsse, um Zwischenfälle zu vermeiden, die einen Konflikt heraufbeschwören könnten. Viele Politiker hätten ihm diese Auffassung bestätigt. Er habe ausdrücklich betont, daß nicht Worte, sondern Taten den Beweis für Deutschlands Versöhnungswillen bringen müßten. Diese Taten aber seien seit drei Wochen offensichtlich erfolgt. Hitler habe der SA. den Befehl erteilt, sich 40 Kilometer von der Saargrenze zurückzuziehen und seine Sachverständigen seien in Rom zu Verhandlungen mit dem Dreierkomitee eingetroffen.

Genug der Mißdeutungen!

Die französische Presse und der Besuch französischer Frontkämpfer beim Führer

Berlin, 26. November.

Die französische Presse beschäftigt sich seit Tagen mit einer Unterredung, die der Führer und Reichskanzler vor einiger Zeit dem Führer der französischen Nationalen Vereinigung ehemaliger Frontkämpfer, Goy, gewährt hat, wobei die französischen Zeitungen sich zum Teil immer noch in übelwollenden Bemerkungen und geflissentlichen Mißdeutungen ergehen. Die deutsche Presse hat in den letzten Tagen wiederholt auf diese Manöver in ausführlichen Kommentaren hingewiesen. Zur Klarstellung und objektiven Würdigung der Ausführungen des Führers über die deutsch-französischen Beziehungen sei festgestellt, daß der Führer nach den Mitteilungen des Herrn Goy u. a. folgendes erklärt hat:

„Die deutschen und französischen ehemaligen Frontkämpfer haben sich während des Krieges kennen gelernt und haben voneinander einen richtigen Begriff ihres Wertes und des Wertes jeder Nation bekommen. Sie sind besser als andere befähigt, diesen Wert im Frieden zu achten." Zwischen unseren beiden Völkern darf es keine Mißverständnisse geben.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten gehen vom Saarproblem aus.

Die französische Presse schien die Annahme aufkommen zu lassen, daß wir Deutschen einen Putsch vorbereiteten. Es ist reine Torheit, zu glauben, daß Deutschland durch Gewaltanwendung die kommende Volksbefragung zu stören suchen will.

Ich erkläre formell, daß wir uns vor dem Ergebnis der Volksabstimmung gleichviel wie sie ausfällt, beugen werden. Ich hatte übrigens dem französischen Außenminister vor einigen Monaten vorgeschlagen, ein Protokoll zur Regelung aller eventuellen Schwierigkeiten auszuarbeiten. Aber ich habe keine Antwort bekommen."

Als das Gespräch dann auf die Verträge übergegriffen habe, habe der Führer lebhaft von den moralischen Ehrenforderungen des deutschen Volkes gesprochen und hinzugefügt: „Es kann von einer Versetzung eines Grenzpfahles nicht die Rede sein. Sie kennen meine Auffassung hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Ich habe ein für allemal erklärt, daß es keine Lösung wäre, alle 20 oder 30 Jahre Krieg zu führen, um Provinzen wieder zu nehmen, die Frankreich stets Schwierigkeiten verursachten, wenn sie französisch waren, und Deutschland, wenn sie deutsch waren. Hier denkt das heutige Deutschland nicht so wie das frühere Deutschland. Wir denken nicht an zu erobernde Quadratkilometer von Gebiet.

Wir haben die Sicherung des Lebens unseres Volkes im Auge. Worauf es jetzt ankommt, ist, zu arbeiten, um eine neue soziale Ordnung herzustellen.

Wenn Frankreich und Deutschland sich verständigen, so wird eine große Anzahl von Nachbarvölkern einen Seufzer der Erleichterung ausstoßen, und ein Alpdruck würde verschwinden. Es würde sich eine sofortige Entspannung ergeben, eine Besserung der Wirtschaftsbeziehungen aller Länder Europas. Von unseren beiden Völkern hängt es ab, daß dieser Traum Wirklichkeit wird.

Um die Behauptungen Archimbauds

Die französisch-sowjetrussischen Beziehungen

London, 26. November.

Die Mitteilung des Quai d'Orsay, daß kein Militärbündnis zwischen Frankreich und Sowjetrußland die sensationellen Enthüllungen Archimbauds in der französischen Abgeordnetenkammer erzeugt worden war, merklich beschwichtigt. In der Presse finden sich jedoch weiterhin starke Nachklänge an die durch die Aeußerungen in Paris in Blitzesschnelle erleuchtete politische Lage auf dem europäischen Festland.

Trotz der eingetretenen Beruhigung wird nicht die Sorge verhehlt, die mit Bezug auf die Entwicklung in Europa und insbesondere im Zusammenhang mit der kommenden Saarabstimmung empfunden wird.

Eine bemerkenswerte Mitteilung des Pariser Korrespondenten des „Sunday Expreß", nach der Archimbaud sich weigert, auch nur ein Wort von dem, was er in der französischen Kammer erklärte, zurückzunehmen, ist sicher nicht dazu angetan, diese Sorge zu vermindern.

Der französische Ministerpräsident und die anderen Minister seien wütend über die Indiskretionen Archimbauds gewesen, der keine amtliche Billigung für seine Aktion gehabt habe. Archimbaud bemerkte dem Korrespondenten gegenüber, Barthou habe bei seinen Besprechungen in Genf eine Vereinbarung mit Litwinow erzielt. Für ihn bestehe nicht der geringste Zweifel, daß eine Union zwischen Frankreich und Rußland herrscht.

Französischer-russischer Gedankenaustausch

Moskau, 26. November.

Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die Aussprache zwischen dem Außenkommissar Litwinow und dem französischen Außenminister Laval in Genf fortgesetzt werden soll.

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Italien unterstützt Ungarn.

Eine amtliche italienische Stellungnahme zur südslawischen Note.

Rom. Amtlich wird mitgeteilt: In verantwortlichen italienischen Kreisen verfolgt man mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung, die durch die Überreichung des Anklageaktes von Jeftitsch und der Kleinen Entente beim Genfer Völkerbund und anderwärts hervorgerufen werden kann. In diesen Kreisen erkennt man voll das Recht Ungarns darauf an, eine sofortige Aussprache im Völkerbundsrat über diese Anklagen zu verlangen, und dieser ungarische Standpunkt wird von italienischen Vertretern im Völkerbund selbst klar unterstützt werden. Die verantwortlichen italienischen Kreise sind der Ansicht, daß eine Nation nicht unter so schweren Anklagen bleiben kann, wie es die gegen Ungarn erhobenen sind. Die italienischen Kreise halten die geschaffene Lage für heikel, glauben aber nicht, daß sie unmittelbar zu ernsteren Verwicklungen führen kann.

Ungarische Note in Genf überreicht.

In der am Wochenende dem Generalsekretär des Völkerbundes von dem ungarischen Delegierten Tibor von Eckhardt überreichten ungarischen Note, in der die ungarische Regierung verlangt, daß die von Südslawien aufgeworfene Frage der politischen Verantwortlichkeit für das Marseiller Attentat auf die Tagesordnung der demnächst zusammentretenden außerordentlichen Ratstagung gesetzt wird, heißt es u. a.: Eine hartnäckige Kampagne, der Ungarn seit dem Tage des Marseiller Attentats ausgesetzt ist, hat bis zum gegenwärtigen Augenblick eine politische Atmosphäre geschaffen, die

die nicht nur für die normalen Beziehungen zwischen gewissen Staaten Europas voll ernster Gefahren ist, sondern auch den Frieden der Welt beeinträchtigen kann.

Die so bestehende Spannung ist verschärft worden durch den Antrag, den die südslawische Regierung mit Unterstützung der beiden anderen Staaten der Kleinen Entente am 22. November an den Völkerbundsrat gerichtet hat.

In diesem Antrag erlaubt sich die südslawische Regierung, Ungarn zu belasten und seine Behörden für das verabscheuungswürdige Attentat von Marseille verantwortlich zu machen. Man übertreibt nicht mit der Erklärung, daß ernste Folgen für den Frieden, dessen Wahrung die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes ist, eintreten könnten, wenn diese Lage andauert und wenn Ungarn, seine Regierung sowie seine Behörden den verschiedenen Aufreizungen und verleumderischen Anschuldigungen ausgesetzt blieben, die seit langen Wochen gegen es gerichtet werden.

Ungarn verlangt völlige Klärung.

Von zuständiger ungarischer Seite wurde zu dem von dem ungarischen Völkerbundsvertreter beim Völkerbund eingereichten Antrag erklärt, die Regierung mache damit von dem Recht sämtlicher Völkerbundsmitglieder Gebrauch und verlange als beteiligte Macht die unmittelbare Teilnahme an den Verhandlungen des Völkerbundsrates. Sie sei jetzt fest entschlossen, mit allen rechtlichen Mitteln eine vollständige und endgültige Klärung zu erreichen. Über die beleidigende Note der südslawischen Regierung müsse in öffentlicher Sitzung vor der gesamten Weltöffentlichkeit verhandelt werden. Da der Völkerbundsrat erst nach dem 3. Dezember zusammentrete, biete sich somit die Möglichkeit einer sachlichen Stellungnahme zu sämtlichen Punkten der südslawischen Anklagenote.

Zusammenkunft Schuschnigg—Gömbös

Wien, 26. November.

Amtlich wird verlautbart: Bundeskanzler Dr. Schuschnigg begab sich im Kraftwagen nachmittags nach Wildalpen in Steiermark, um dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös einen Besuch abzustatten, der sich dort zur Jagd aufhält. Am Abend reiste der Bundeskanzler wieder nach Wien zurück.

Kurze politische Nachrichten.

Aus Kreisen des Völkerbundssekretariats wird mitgeteilt, daß man nach den letzten Nachrichten aus Rom mit dem Zusammentritt des Völkerbundsrates zur Besprechung der Saarfragen nicht mehr vor dem 3. Dezember rechnet.

*

Wie von zuständiger Seite aus Saarbrücken gemeldet wird, sind bisher acht englische Polizeioffiziere in die Saarpolizei eingestellt worden.

Der Reichswehrminister wieder in Berlin

Dresden, 26. November. Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg, der sich einige Wochen zur Erholung auf dem Weißen Hirsch aufgehalten hat, trat am Sonntagvormittag in Begleitung seines persönlichen Adjutanten Hauptmann von der Decken auf dem Luftwege die Rückreise nach Berlin an. Zu seiner Verabschiedung hatten sich u. a. der Befehlshaber des Wehrkreises IV, Generalleutnant List, eingefunden.

Gedenkgottesdienst der Reichsmarine

Auf dem Garnisonfriedhof in Kiel fand am Ehrenmal der gefallenen Seehelden ein Gedenkgottesdienst der Reichsmarine statt, an dem auch die Bevölkerung in großer Zahl teilnahm. Zu der Feier war der Flottenchef Vizeadmiral Foerster erschienen. Abordnungen der im Hafen liegenden Schiffe und der verschiedenen Verbände hatten um den Gedenkstein, an dessen Fuß ein Altar aufgebaut war, Aufstellung genommen. Nach einem gemeinsamen Gesang hielt Marinepfarrer Haupt die Gedenkrede.

Unfall bei Sprengübungen der Reichsmarine

Ein Matrose gestorben

Bei Sprengübungen der 1. Minensuchflottille in der Ostsee wurden vor einigen Tagen zwei Matrosen des Minensuchbootes „M. 66" schwer verletzt. Den dabei erlittenen Verletzungen ist der Matrose Paul Schmidt im Marinelazarett Kiel erlegen.

Kartelle werden aufgelockert.

Anregungen an den Führer der Wirtschaft erbeten.

In einem Rundschreiben an die Wirtschaftsgruppen bittet der Führer der Wirtschaft um Anregungen aus den einzelnen Wirtschaftszweigen im Sinne der beabsichtigten Lockerung der Preiskartelle in der Wirtschaft. Es heißt in dem Rundschreiben u. a.:

„Eigennützige Denunziationen und leichtfertige Beschwerden, die vor allem auf die Mängel anderer hinweisen und gleichzeitig die eigenen zu verbergen suchen, lehne ich entschieden ab. Es kommt mir darauf an, bestimmte und zutreffende Angaben zu erhalten über überstürzte Kartellbindungen, erhebliche Preissteigerungen seit Anfang 1933, und zwar nicht Preissteigerungen im Einzelfall, sondern im Durchschnitt des geregelten Preises, und ähnliche Vorgänge."

*

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat mit Wirkung vom 25 November 1934 die Preisbindungen für solche Erzeugnisse der deutschen Fischindustrie, die der menschlichen Ernährung dienen, aufgehoben.

Vor dem Zusammentritt des Kirchensenates.

Die hinderlichen Bestimmungen aufgehoben.

Um die verfassungsmäßige Bildung des Geistlichen Ministeriums zu ermöglichen, hat der Reichsbischof in zwei Verordnungen alle Bestimmungen aufgehoben, die einer verfassungsmäßigen Tagung des Kirchensenats der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union entgegenstanden. Der für den vergangenen Sonnabend in Aussicht genommene Zusammentritt des Kirchensenats mußte verschoben werden. Auch die Landeskirchenführer treten daher erst später zusammen.

Politische Jagden.

Ungarns Ministerpräsident auf Jagdbesuch bei Schuschnigg.

Großes Aufsehen hat angesichts der gegenwärtig gespannten internationalen Lage eine unerwartete mit großer Heimlichkeit umgebene Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös nach Wien hervorgerufen. In seiner Begleitung befand sich der ungarische Ackerbauminister Kallay. Sie begaben sich sofort nach ihrer Ankunft in Wien in das Bundeskanzleramt, wo sie mit Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Außenminister Berger-Waldenegg eine längere Unterredung hatten. Sodann fuhren sie in Begleitung des Vizekanzlers Starbemberg und des Handelsministers Stockinger in das obersteirische Jagdgebiet zwischen Semmering und Mariazell. Zu dieser Jagd wird auch Bundeskanzler Dr. Schuschnigg kommen und Gelegenheit zu einer Aussprache über die augenblicklich brennenden politischen Fragen nehmen. Wie verlautet, wird das politische Hauptgesprächsthema die südslawische Note und das Verhältnis der drei Mächte des Paktes von Rom zu Südslawien sein.

Die Prinzenhochzeit in London.

Die Hochzeitsgäste treffen ein.

Die Hochzeit des Prinzen Georg, des jüngsten Sohnes des Königs von England, und der Prinzessin Marina hält die englische Öffentlichkeit nach wie vor in Atem. Der Lordbürgermeister überreichte das Geschenk der Londoner City, wozu er in feierlichem Aufzug in seiner Amtstracht erschienen war. Allmählich treffen auch die Gäste zur Hochzeit ein. So kam König Haakon von Norwegen in Schottland an, und der König und die Königin von Dänemark in London.

*

Prinzessin Marina, die Braut des Prinzen Georg, ist die jüngste von drei Töchtern des Prinzen Nikolaus von Griechenland und der Prinzessin Helene. Von ihren beiden Schwestern ist die ältere mit dem Prinzen Paul von Südslawien verheiratet, während die andere, Elisabeth, die 1904 geboren ist, noch unverehelicht ist. Prinz Nikolaus ist der jüngere Bruder des letzten Königs von Griechenland, Konstantin, sein Onkel der Exkönig Georg von Griechenland, der meist in London lebt. Prinzessin Helene, die Mutter der Braut, war in erster Ehe eine russische Großfürstin. Die Braut ist in England eine wohlbekannte Persönlichkeit. Die griechischen Prinzessinnen kamen in jeder Saison nach London. Ihr Vater, Prinz Nikolaus, ist als Schriftsteller und Maler von vielen Graden geschätzt. Im Jahre 1928 erregte der Prinz eine litergrische Sensation mit der Veröffentlichung seiner „Politischen Erinnerungen", in denen er König Konstantin gegen den „Vorwurf" der Deutschfreundlichkeit verteidigte. Er führte in seinem Buche aus, daß Konstantin bereit war, auf die Seite der Alliierten zu treten, und daß er sich der Politik Venizelos' nur deshalb widersetzt habe, weil er sie für militärisch falsch gehalten habe.

König Georg von Griechenland verließ sein Land 1922 und wurde im darauffolgenden Jahr durch die Ausrufung der Republik auch formell abgesetzt. Er weigerte sich, eine Abdankungsurkunde zu unterschreiben, und erklärte in einem Brief an den griechischen Ministerpräsidenten, daß er nur auf Widerruf gehe. König Georgs Gemahlin, Elisabeth, ist die älteste Tochter des Königs Ferdinand von Rumänien und der Königin Maria.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 26. November 1934.

„Kathrein läßt den Winter ein."

Der 25. November war als Gedächtnistag der heiligen Katharina ein unfehlbarer Wetterlostag. Günstiges Katharinenwetter offenbart einen guten Winter: „Wie der Tag zu Kathrein, so wird der nächste Jänner sein", heißt es in Schwaben. Schlechtes Wetter am Katharinentag stellt einen langen und kalten Winter in Aussicht: „Kathrein läßt den Winter ein", sagt man in Oberbayern und in Tirol.

Ein Fest von ganz besonderer Art aber ist der 25. November in Frankreich, in der Westschweiz, in Belgien: er ist der Tag der kleinen Schneiderinnen und Modistinnen, der Pariser „Midinetten", denn Katharina ist die Schutzherrin der Mädchen jedes Alters. In den Modeateliers wird jede Angestellte und Arbeiterin, die 25 Jahre alt, aber noch nicht verheiratet ist, mit dem Altjungfernhäubchen geschmückt und mit einer lustigen Ansprache begrüßt. Katharina übt ihre Schutzherrschaft aber noch in anderer Weise aus. Gelehrtenschulen verehren sie als ihre Patronin, gegen Seuchen, gegen Kriegsnot und jähen Tod, gegen Blitz und Feuer wird sie in einem „Katharinasegen" angerufen, und das Rad, das sie als Marterssymbol führt, bringt sie als Schutzherrin in Beziehung zu den Müllern, so daß in vielen Orten der Katharinentag für die Mühlen Feiertag ist, an dem kein Rad sich drehen darf.

Katharina, die königlichem Geschlecht entstammte, lebte im 4. Jahrhundert n. Chr. in Alexandrien und starb als standhafte Verfechterin des Christentums im Alter von 25 Jahren den Martertod: sie wurde aufs Rad geflochten, aber das Rad zerbrach, und Katharina hauchte dann unter dem Schwerte ihr Leben aus.

Die ersten Weihnachtsbäume aus dem Schwarzwald.

Im Laufe der nächsten Tage werden voraussichtlich die ersten Christbaumtransporte aus dem Schwarzwald ihre Talfahrt antreten. Das Hauptkontingent der Weihnachtsbäume trifft jedoch erst in etwa 14 Tagen in den Städten ein, da unmittelbar nach Nikolaus die Weihnachtsmärkte anheben. Die Angebote von Bäumen sind beträchtlich, was sich aus dem Geldbedarf der Gemeinden, Forstverwaltungen und Waldbesitzer erklärt. Es kann damit gerechnet werden, daß im letzten November- und ersten Dezemberdrittel etwa 100 000 Schwarzwaldbäume den Weg vom Gebirge nach dem Tiefland antreten werden.

—* Auf Anordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft findet am 5. Dezember d. J. im ganzen Reich eine große **Viehzählung** statt, die sich in diesem Jahre auch auf sämtliche Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern erstreckt. Nach Aufhebung des Preußischen Statistischen Landesamtes wird die Viehzählung in Preußen nunmehr unmittelbar durch das Statistische Reichsamt durchgeführt. Da das Ergebnis einer Zählung die einzige amtliche Quelle ist, nach der der Stand der Viehzucht im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage auch von der Oeffentlichkeit richtig beurteilt werden kann, so müssen sämtliche an der Zählung Beteiligten mit besonderem Nachdruck auf die sorgfältige Ausführung der Zählung an den einzelnen Orten hinwirken, um durch die vollständige Erfassung der Viehbestände ein zuverlässiges amtliches Ergebnis zu gewinnen. Die Ergebnisse der Zählungen dienen lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken. Ueber die den Viehbestand des Einzelnen betreffenden Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, dagegen nicht zu Steuerzwecken benutzt werden. Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrates vom 30. Januar 1917 (RG.-Bl. S. 81) oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet, oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird nach § 4 dieser Verordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für den Staat verfallen" erklärt werden. Die Zählung erfolgt durch Zähler, deren Amt ein Ehrenamt ist. Der Regierungspräsident hofft, daß alle Beteiligten, die zur Mitarbeit berufen werden, sich mit voller Teilnahme den ihnen zufallenden Aufgaben widmen werden. Auf eine bereitwillige Mitwirkung der Ortseinwohner bei der Ausfüllung der Listen wird gerechnet.

Halver

—)(**Totenfest.** „Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben, von nun an." Ja, der Geist spricht, daß sie ruhen von ihrer Arbeit; denn ihre Werke folgen ihnen nach." Diese Worte aus dem 14. Kapitel der Offenbarung Johannes standen im Mittelpunkt des Gottesdienstes unserer evangelischen Kirchengemeinde und waren demzufolge das Textwort der von Pfarrer Stommel gehaltenen Predigt. Rückschau haltend, gedachte der Seelsorger aller derer, die in den Jahren, die hinter uns liegen, uns durch den Tod entrissen. Für all diese spendet uns eine Stimme vom Himmel her Trost und drängt uns das Gebet auf die Lippen: „Mein Gott, ich bitt' durch Christi Blut, machs auch mit meinem Ende gut". Der Kirchenchor sang die Kantate: „Der Jüngling zu Nain". Fräulein Hedwig Gürtzgen, Erich Fernholz und Karl Wenz (sämtlich Mitglieder des Chores) hatten die Gesangsolis und Organist Walter Köster die Begleitung des Werkes übernommen. Stehend hörte die versammelte Gemeinde das Verlesen von 71 Namen verstorbener Gemeindeglieder, das jüngste Lebensalter bis hinauf zu der Zeit von der es in der Bibel heißt „. . . und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen", umfassend. Der SA-Sturm Halver nahm am Gottesdienst teil. Der Kirchliche Posaunenchor, der den Gottesdienst eingeleitet und durch seine Weisen auch ausklingen ließ, spielte anschließend Trauerweisen an der Ruhstatt der Toten. —

Ueber die Gräber, über das Land
Leuchtet der Sonne silberner Glanz.
Mahnet die Menschen, aus Nacht und Tod
Zu schauen ins lichte Morgenrot.

Und wahrlich, eine Witterung, wie wir sie selten in den letzten Jahren zum Totenfest gehabt, war uns beschieden. Den ganzen Tag über Herbstsonnenschein. Darum auch ein ununterbrochenes Kommen und Gehen zum Friedhof. Sinnig geschmückte Grabhügel zeigten, daß die Lebenden die Toten nicht vergessen. Der Gemischte Chor der Freien evang. Gemeinde Halver hatte sich in den ersten Nachmittagsstunden auf dem Gottesacker eingefunden. Er brachte auf den Totensonntag abgestimmte Lieder zu Gehör. Ein gedrucktes Schriftchen „Bote des Friedens" wurde an dem Eingang zum Friedhof den Besuchern überreicht. Zum Abschluß des Tages fand in der evang. Kirche um 5 Uhr eine liturgische Feierstunde statt, die gut besucht war. Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus legte seiner Predigt eine der Seligpreisungen, Matth. 5, Vers 4: „Selig sind, die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden", zugrunde. Er wies hin auf den, der in allem Leid den rechten Trost spendet, Jesus Christus. Lehrer Kurtze (Bariton) umrahmte das gesprochene Wort mit dem Vortrag zweier Lieder.

—0 **Steuerkarten 1935.** In den nächsten Tagen werden die Steuerkarten für das Kalenderjahr 1935 zugestellt. Die Arbeitnehmer haben die Steuerkarten auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit hin nachzuprüfen und g. F. eine Berichtigung der Steuerkarte zu beantragen. Anträge auf Steuerermäßigungen beim Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, die die steuerliche Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers wesentlich beeinträchtigen, (außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt von Kindern oder bedürftigen Angehörigen, Kriegsdienst- und Zivilbeschädigung) sind sofort durch das Amt bei dem Finanzamt zu stellen. Antragsformulare sind im Amtshaus, Zimmer Nr. 7 erhält-

Am Hörer der Zeit.

Tiere als Schauspieler.

Der Herr Staatsminister und Hoftheaterintendant Se. Exzellenz von Goethe hat vor mehr als hundert Jahren sein Amt als Leiter des Theaters niedergelegt, als er, durch höfische Rücksichten, angewiesen, es dulden sollte, daß auf der Bühne ein Hund als „Mitspieler" erscheinen würde. Goethe handelte aus der Überzeugung heraus, daß auf den Brettern, „die die Welt bedeuten", auch nur der gestaltende Künstler aufzutreten hätte. Nun haben ja bekanntlich auf der Bühne der wirklichen Welt allerhand Tiere eine geradezu entscheidende Rolle gespielt; man braucht ja nur an die Gänse zu denken, die durch ihr Geschnatter das Kapitol zwar nicht retteten, aber doch immerhin die fest schlafende römische Besatzung rechtzeitig ins Gewehr riefen und so den Fortgang der weiteren römischen Geschichte ermöglichten. Aber man braucht gar nicht in die Geschichte hinabzutauchen, um „das Tier als Schauspieler" auf der Bühne des Weltgeschehens kennenzulernen; auch die Gegenwart schreibt den Tieren — trotz aller Mechanisierung unseres Zeitalters — doch hier eine Rolle zu. Denn nicht bloß ganz große Staatsmänner haben mitunter die Angewohnheit, sich einen oder mehrere Hunde zu halten. Bismarck z. B. war für einen Mann sofort gewonnen, den der Hundeinstinkt seines „Tyras" schweifwedelnd begrüßte —, sondern auch heute haben auch andere Politiker von hohen Graden mitunter dieselbe Hundeliebhaberei. Und den rumänischen Außenminister Titulescu mußte der „Phylax" oder der „Leo" sogar zur Fahrt nach Genf in die Gefilde des Völkerbundsrats begleiten. Aber man soll einen solchen Hund nie unbeaufsichtigt lassen, sonst greift er gegebenenfalls in die Weltgeschichte ein. Denn zusammen mit dem südslawischen und dem tschechoslowakischen Außenminister hatte Herr Titulescu eine Note an Ungarn ausarbeiten helfen, die so etwas wie eine kaum noch verhüllte Kriegsdrohung enthielt. Darum hat man sich natürlich auf den Wortlaut nur sehr schwer einigen können, und als dies einigermaßen geschehen war, erklärte der rumänische Außenminister, er wolle sich auf seinem Hotelzimmer den letzten Entwurf erst noch mal ordentlich durchlesen. Er klemmte sich also das Manuskript unter den Arm und „zog sich zurück", wie man von hochstehenden Persönlichkeiten zu sagen verpflichtet ist. In seinem Hotelzimmer angekommen, wurde er für kurze Zeit abberufen und sein Hund, der sich offenbar fern der Heimat sehr langweilte, hat in der Abwesenheit seines Herrn das folgenschwere Dokument verspeist. Er hat zwar nicht „nach Noten", wohl aber die Note gefressen. Daß er damit eine Kritik an der Arbeit des rumänischen Außenministers und seiner beiden Kollegen aus Belgrad und Prag drastisch zum Ausdruck bringen wollte, wird nicht behauptet. Aber — es gibt ja auch außerordentlich kluge, fast mit Menschenverstand begabte Hunde! Nun aber mußten die drei Minister sich noch einmal hinsetzen und die Note renovieren. Dem Frieden Europas diente sie nicht, aber wer weiß, ob nicht die Zähne eines Hundes ein Schriftstück zerstörten, das für den sogenannten Frieden Europas einen noch viel übleren Steinwurf hätte bedeuten können.

Der politische Kessel wird geheizt.

In Genf sind die schönen Reden am „Stammtisch" der Völkerbundssitzungen immer mehr in den Hintergrund getreten, und die Gespräche und Zusammenkünfte der einzelnen Staatsmänner bei Frühstück und Tee in den Hotels nehmen den größten Raum ein bei den Tagungen der Liga der Nationen. Die Zwecke, zu deren Erreichung die Tagungen zusammengerufen werden, verschwinden fast völlig. Die politischen Mittel und Mittelchen werden zur Verfolgung anderer Ziele, als der, die auf dem Programm stehen, eingesetzt, oder sogar, wie es oft den Anschein hat, nur um ihrer selbst willen. Die Politik ist hier Selbstzweck geworden, und man betreibt sie, weil man glaubt, sich dadurch schon als Diplomat und Staatsmann zu erweisen. Die Marseiller Mordtat sollte jetzt dem Völkerbund Gelegenheit geben, soweit es in seinen schwachen Kräften steht, Vorkehrungen zu treffen, daß sich solche traurigen Vorfälle nicht wiederholen, statt dessen ergeht man sich in gegenseitigen Beschuldigungen und Beschimpfungen. Jeder Beschuldigte wehrt sich natürlich und „packt aus", was er selbst über den, der ihn beschuldigt, zu wissen behauptet. Ungarn droht mit Veröffentlichung über Terroristenunterstützung durch Südslawien. Mussolini soll dem französischen Außenminister hinsichtlich der in Frankreich bestehenden italienischen Emigrantenvereinigungen einige Wahrheiten gesagt haben, während umgekehrt die französische Presse allerhand über italienische Terroristenlager zu erzählen weiß. Jetzt wird auch noch durch serbische und tschechische Zeitungen versucht, die Angelegenheit nach Österreich hinüberzuspielen, und der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Bundeskommissar Adam, wird mit der grauenvollen Bluttat in Zusammenhang gebracht wegen seiner Beziehungen zu dem früheren Oberstleutnant Pertschewitsch. Auch Adam wehrt sich gegen diese Beschuldigung und „packt aus", daß ihm Mitteilungen über südslawische Vorgänge zugegangen seien, besonders über politische Hintergründe des in Wien verübten Attentats auf den König Achmed Zogu, weiter über das Attentat auf Stephan Raditsch, über die Behandlung von kroatischen Häftlingen in den Polizeigefängnissen von Agram und die kroatische Unabhängigkeitsbewegung.

So wird der politische Kessel, der schon Hochspannung zeigt, immer weiter geheizt. Ein gefährliches Spiel für die Völker, von dem nur die Attentäter ihren Vorteil haben, gegen die inzwischen nichts unternommen wird.

Autozusammenstoß beim Überholen.

Auf der Kölner Landstraße wollte ein mit zwei Personen besetzter Kraftwagen aus Euskirchen einen vorfahrenden Traktorzug mit zwei Anhängern überholen; der Wagen stieß dabei mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Kölner Wagen zusammen. Der Anprall war derart stark daß beide Wagen sich vollständig ineinanderbohrten, und der Traktorzug durch den dagegen fliegenden einen Kraftwagen völlig zur Seite gedrückt wurde. Während eine Insassin des Euskirchener Wagens auf der Stelle getötet wurde, starb der Mitfahrer kurz nach dem Unfall im Krankenhaus. Die Insassen des Kölner Kraftwagens kamen mit geringen Verletzungen und dem Schrecken davon.

Blutige Schlägerei in Prag

Prager Deutsche Universität gestürmt

Deutsche Studenten von den tschechischen Angreifern verletzt.

Die rechtlich und geschichtlich völlig unbegründete Forderung der tschechischen Regierung nach Übergabe der Gründerurkunde und der Kleinodien der uralten Prager Deutschen Universität an die dortige tschechische Universität hat bereits zu schweren Zwischenfällen geführt. Wir erfahren darüber folgendes:

Als die Weigerung der Prager Deutschen Universitätsbehörde, die Insignien herauszugeben, bekannt wurde, sammelten sich die tschechischen Studenten und zogen vor die Deutsche Universität. Dort ist dann ein heftiger Straßenkampf zwischen den deutschen Studierenden und den tschechischen Angreifern ausgebrochen. Diese versuchten, die Gebäude der Deutschen Universität zu stürmen. Trotz der Abwehr der deutschen Studenten, die sich in der Minderzahl befanden, gelang es den Tschechen schließlich, in die Universität einzudringen. Nun ging der Kampf mit gesteigerter Heftigkeit im Innern weiter. Tische und Stühle wurden demoliert, und die Kämpfenden schlugen mit Stuhlbeinen und Tischbrettern aufeinander ein. Schon nach kurzer Zeit waren mehrere deutsche Studenten ziemlich schwer verletzt.

Eine empörende Rolle hat nach den bisherigen Meldungen die tschechische Polizei gespielt. Während der Abwehrkampf der deutschen Studierenden gegen die tschechischen Angreifer im Gange war, die noch durch Zuzug aus der Volksmenge verstärkt wurden, rief einer der deutschen Professoren von einem Fenster des Universitätsgebäudes aus den tschechischen Polizisten zu, sie sollten sofort die Kämpfenden auseinanderbringen und die eingedrungenen tschechischen Studenten entfernen. Die tschechischen Polizeibeamten weigerten sich jedoch, obwohl sie hörten und sahen, was vorging. Sie erklärten, sie dürften erst auf ausdrückliche Anweisung der Behörde die Universität betreten.

Die Polizei hat sich dabei auf das alte Vorrecht der Universitäten berufen, daß nur die Universitätsbehörden selbst der Polizei die Genehmigung zum Betreten ihrer Gebäude geben können. Natürlich ist eine Berufung auf diese alte Klausel in einem schweren Fall sinnlos; außerdem hatte ja ein Mitglied des Lehrkörpers der Deutschen Universität die Polizei ausdrücklich zum Eingreifen aufgefordert. Man muß also annehmen, daß

die tschechischen Polizisten nicht eingreifen wollten

und lieber ihre Landsleute diesen schweren Landfriedensbruch begehen ließen, als ihre Pflicht zu tun und die Deutschen gegen die tschechischen Angreifer in Schutz zu nehmen.

Wenn sich die Tschechoslowakei nicht außerhalb der Reihe der Kulturstaaten stellen und den deutschen Bevölkerungsanteil nicht für immer aufs schwerste verbittern will, dann muß sie diesen von ihr selbst heraufbeschworenen schweren Konflikt so aus der Welt schaffen, daß die Deutsche Universität und damit die deutsche Bevölkerung eine angemessene Genugtuung erhalten. Schon vor einer Reihe von Jahren wurde der Universität der Name „Karls-Universität", den sie bei ihrer Gründung vor mehr als einem halben Jahrtausend erhalten hatte, entzogen und der tschechischen Universität gegeben — eine geschichtliche Unmöglichkeit, die zudem ein schweres Unrecht gegenüber der Deutschen Universität war. Die Tschechei hat allen Anlaß, dieser uralten Kulturstätte deutschen Geistes dankbar zu sein und sich immer wieder daran zu erinnern, daß von den rund 15 Millionen tschechischen Staatsbürgern nicht weniger als 3½ Millionen Deutsche sind.

Im Anschluß an eine Rede des Prorektors der tschechischen Universität, Dr. Domin, drangen die tschechischen Studenten bis zum ersten Stockwerk vor und verwüsteten die Räumlichkeiten des histofrischen und slawischen Seminars der deutschen Universität vollkommen.

Zweifellos wäre es auch mit den nächsten Stockwerken, in denen sich die Räume des Rektorates der deutschen Universität befinden, ebenso ergangen und die Insignien und wertvollen Bilder, die dort hängen, wären durch die tschechischen Studenten gewaltsam entwendet oder zerstört worden, wenn hier nicht der erbitterte Widerstand der im Gebäude befindlichen deutschen Studenten das Schlimmste verhindert hätte.

Einer der deutschen Studenten wurde im Flur von den Tschechischen niedergeschlagen und trug eine klaffende Kopfwunde davon. Mehrere andere deutsche Studenten wurden ebenfalls verletzt.

Erst die immer dringender werdenden Vorstellungen des deutschen Rektors Prof. Dr. Grosser, der sich seit seiner Rückkehr von der Vorsprache bei Ministerpräsident Malypetr in seinem Amtszimmer befand, bewogen die Polizei, die in starken Abteilungen erschienen war, einzugreifen. Daraufhin räumten die tschechischen Studenten das Gebäude und zerstreuten sich später unter Schmährufen auf die Deutschen.

Die Demonstrationen dauern an

Noch in den späten Abendstunden herrschte in den Strraßen Prags eine ungewöhnliche Unruhe. Die Demonstranten sammelten sich immer wieder von neuem und wurden von der Polizei unter Anwendung des Gummiknüppels auseinander getrieben. Auch berittene Polizei wurde eingesetzt. Es erfolgten zahlreiche Verhaftungen.

Nach Eintritt der Dunkelheit wurde auch das deutsche Vereinshaus Urania von Demonstranten angegriffen. Zahlreiche Fensterscheiben wurden durch Steinwürfe zertrümmert.

Am Sonntag versammelten sich vor dem Großen Repräsentantenhaus in Prag erneut tschechische Studenten in größerer Zahl, die sich zum Nationaltheater begaben, wo sie sich zerstreuten. Gegen 14 Uhr versammelten sich vor dem Gemeindehaus wiederum Demonstranten, denen sich auch nichtstudentische Elemente beigesellten. Sie versuchten wiederholt, zum Neuen Deutschen Theater vorzudringen, wurden aber von der Sicherheitswache aufgehalten und zerstreut bzw. in die Nebengassen abgedrängt. Solche Ansammlungen wiederholten sich im Laufe des Nachmittags und Abends an verschiedenen Stellen der inneren Stadt, doch wurden sie von der Polizei auseinandergetrieben. Bis 18.30 Uhr wurden von der Polizei 34 Personen angehalten.

Die Polizeidirektion in Prag macht darauf aufmerksam, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung keinerlei Ansammlungen und Zusammenrottungen an öffentlichen Orten dulden werde.

Die deutschfeindliche Welle in Prag.

Im Rahmen der deutschfeindlichen Welle in Prag sammelten sich die tschechischen Studenten immer wieder zu größeren Trupps und zogen durch die Straßen der inneren Stadt, wo sie stetig deutschfeindliche Kundgebungen veranstalteten. Den Höhepunkt der Demonstrationen bildeten die Angriffe gegen das Gebäude der Urania, des Prager Deutschen Volkbildungsvereins. Hier erschienen einige hundert Tschechen, zumeist Pöbel aus der Vorstadt, die in ihren Taschen schwere Steine mitbrachten, mit denen sie ein Bombardement gegen die Urania durchführten. Zahlreiche Fensterscheiben der Vorderfront gingen in Trümmer, worauf (erst jetzt!) Polizei eingriff und die Demonstranten zum Abzug bewegte. Johlend und singend zogen sie auch weiterhin durch die Straßen, immer wieder in

wütende Ausrufe gegen die Deutschen

ausbrechend. Zuletzt wurde die Parole ausgegeben, auch Angriffe gegen das Deutsche Haus und das Deutsche Theater zu inszenieren. Die innere Stadt stand völlig im Zeichen der deutschfeindlichen Welle, die ein Ausmaß angenommen hat, wie man es in der Hauptstadt eines Kulturstaates nicht für möglich halten sollte. Die Erregung der Bevölkerung ist dem Siedepunkt nahe. Im Hof der Universität wurde von den Demonstranten ein Galgen aufgestellt, an den man die Tafel der Universität hing, auf der geschrieben steht: „Rektorat der Deutschen Universität." Dazu wurde in tschechischer Sprache geschrieben: „Eigentlich sollte hier der deutsche Rektor hängen!" Gleichzeitig brachen die Demonstranten in Rufe aus: „Die Deutschen müssen heraus aus dem Carolinum", „Es lebe die nationale Opposition".

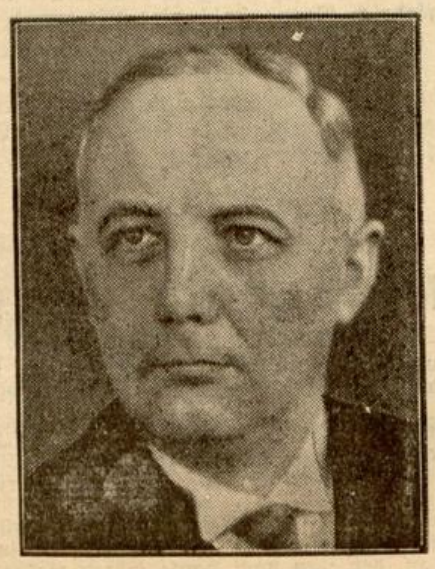
Der Rücktritt Rauschnings in Danzig.

Von der Pressestelle des Danziger Senats wird amtlich mitgeteilt: „Präsident Dr. Rauschning, der seit längerer Zeit kränkelt, hat sich entschlossen, von seinem Amt als Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig zurückzutreten. Wir bedauern außerordentlich, daß der hervorragende Staatsmann nicht länger an verantwortlicher Stelle für sein Heimatland tätig sein kann. Eine eingehende Würdigung seiner großen Verdienste während der anderthalbjährigen Regierungszeit des Nationalsozialismus in Danzig braucht hier nicht gegeben zu werden.

Es soll ausdrücklich betont werden, daß

die bisherige Politik des Senats weiter verfolgt

werden wird. Die Regierung wird insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen zur Republik Polen aufrechterhalten und weiter fördern. Auch wird sie sich genau so wie bisher in der Innenpolitik an die Grenzen halten, die ihr durch die vom Völkerbund garantierte Verfassung gesetzt sind. Aufgabe des Volkstages wird es sein, in nächster Zeit die Wahl des neuen Präsidenten vorzunehmen und die Regierung zu ergänzen."



Dr. Rauschning.

Das Rätsel der Galapagos-Inseln.

Was ein Kapitän zu berichten weiß.

Durch ein Funktelegramm über die rätselhafte Auffindung der Leichen auf den Galapagos aufmerksam gemacht, fuhr der Kapitän eines Fischdampfers, Fred Ostrem, zu der Marchena-Insel. Er will dort die zwei Leichen, über deren Auffindung wir bereits berichteten, als die des Norwegers Artur Estampa von den Indefatigable-Inseln und des Alfred Rudolf Lorenz, des Begleiters der Baronin Wagner-Wehrborn, festgestellt haben. Kapitän Ostrem soll angeblich alle Einwohner der Galapagos kennen und ist der Meinung, daß das Boot Estamps ein altes Lotsenboot ist, welches E. seinerzeit von Oberst Theodore Roosevelt geschenkt bekam, als er vor mehreren Jahren die Charles-Inseln mit Vincent Astor besuchte und dabei auf einer Felsenklippe bei der Marchena-Insel Schiffbruch erlitt.

Ostrem erklärte, Estampa habe Lorenz vor drei Jahren, als er sich zur Jagd auf die Charles-Insel begab, kennengelernt. Die Baronin Wagner-Wehrborn soll ihn drei Tage lang gefangen gehalten haben, weil sie sich als Herrin der Insel betrachtete. Lorenz habe ihn dann aus der Gefangenschaft befreit.

Ostrem berichtet weiter, bei Estampa seien Briefe einer Frau Wittmann und die Bekleidung eines kleinen Kindes gefunden worden, die Estampa ohne Zweifel von Frau Wittmann zur Weiterbeförderung erhalten habe.

grundsätzlich bereit, bei der bevorstehenden Neuregelung des Kreditwesens eine stets bereite Aufnahmestellung für die Liquidität der Sparkassen zu bilden, aber sie kann das nur tun, wenn eine solide Anlagepolitik der Sparkassen gewährleistet ist. Die vornehmste Aufgabe der Sparkassen besteht demnach wie vor dem Kriege so auch jetzt darin, die ihnen zufließenden Spargelder in sicheren Werten des Kapitalmarktes anzulegen.

Wie die Entwicklung bei den deutschen Sparkassen seit dem Umbruch zeigt, ist es gelungen, weitgehend das wiederherzustellen, was die Sparkassen zum Leben brauchen, nämlich das Vertrauen. Wir müssen wieder loskommen von der leidigen Gewohnheit, aus Mangel an Vertrauen Gelder nach Möglichkeit schnell greifbar und kurzfristig anzulegen und damit, wenn auch unbewußt, der deutschen Wirtschaft das zu ihren Wiederaufbau so unerläßlich langfristige Kapital vorzuenthalten. Hier haben die Sparkassen als die größten Kapitalanleger ein dankbares Aufgabengebiet. Sie sind in der Lage, die Ersparnisse, die ihnen von einer vertrauenden Einlegerschaft gebracht werden, in langfristiger Form zur Milderung der dringenden Kapitalnot der Wirtschaft zu verwenden. Und dieses können sie in weit höherem Maße als früher tun, da die Reichsbank in der Lage ist, in dem Maße mitzuwirken, wie es ihr auf Grund der neuerlichen gesetzlichen Bestimmungen über Offen-Markt-Politik und Zulassung von Lombardforderungen zur Notendeckung möglich ist.

Nah und Fern

○ **Die älteste Pfarrerfamilie Deutschlands.** In Groß-Gerau in Hessen tritt nach 40jähriger Dienstzeit der Dekan Ludwig Scriba, der einer der ältesten Pfarrerfamilien Deutschlands entstammt, in den Ruhestand. Der erste Pfarrer aus der Familie Scriba war ein Schüler Martin Luthers. Seitdem weist jede Generation der Familie Pfarrer auf. Auch der Sohn des Dekans ist Pfarrer, und zwar der 53. in dieser Familie.

○ **Kraftwagen vom Zuge erfaßt. — Zwei Tote.** Der Lieferwagen des Bäckermeisters Hartung aus Bornum bei Börßum wurde beim Überfahren des nichtgeschlossenen Bahnübergangs der Strecke Wolfenbüttel—Jerrheim (Braunschweig) von einem Leergüterzuge erfaßt und mitgeschleift. Hartung, seine Stieftochter und sein Sohn wurden schwer verletzt. Die beiden ersteren sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen

○ **Versammlung der Verkehrssünder.** Eine eigenartige Versammlung fand im Polizeipräsidium in Karlsruhe statt. Dort hatte der Polizeipräsident 300 Verkehrssünder um sich versammelt, denen bei einer Verkehrskontrolle die Fahrräder abgenommen werden mußten. Der Präsident richtete eindringliche Mahnworte an die Verkehrssünder, die reuig Besserung gelobten, worauf sie diesmal ihre Fahrräder noch ohne Geldstrafe zurückerhielten. Das nächste Mal ist eine Gebühr von drei Mark zu zahlen.

○ **Tödliches Kraftwagenunglück von Reichswehrangehörigen.** In der Nähe von Quickborn (etwa 20 Kilometer nördlich von Altona) geriet auf der Fahrt nach Hamburg ein Personenwagen mit vier Reichswehrangehörigen am Bilsener Wohld auf abschüssiger Straße ins Schleudern. Er prallte mit voller Wucht gegen einen Chausseebaum. Dabei wurde der Wagen völlig zertrümmert. Von den Insassen wurden der Oberwachtmeister Nagel getötet und der Gefreite Grogmann schwer verletzt. Der Führer des Wagens und der neben ihm sitzende Begleiter kamen mit leichten Verletzungen davon.

○ **Todessturz in den Silo.** In Kiel stürzten zwei in dem Kornsilo am Wall beschäftigte Arbeiter aus der Höhe des fünften Stockwerks in einen Kornschacht ab. Von der sofort alarmierten Feuerwehr stiegen Beamte in den Schacht hinab. Die Verunglückten wurden mit Hilfe eines Taues nach oben gezogen. Sie gaben jedoch keinerlei Lebenszeichen mehr von sich; in der Klinik wurde ihr Tod festgestellt.

○ **Kraftwagen fährt auf den Bürgersteig.** In Wismar ereignete sich an einer verkehrsreichen Straßenkreuzung ein schwerer Verkehrsunfall. Um den Zusammenprall mit einem entgegenkommenden Lastkraftwagen zu vermeiden, fuhr der Führer eines zweiten Lastkraftwagens, dessen Bremse offenbar versagte, auf den Bürgersteig, wo zu dieser Zeit starker Fußgängerverkehr herrschte. Dabei wurde eine Einwohnerin überfahren und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert, wo sie wenige Minuten darauf starb. Außerdem wurden noch ein Kind, eine ältere Frau und ein Mann leichter verletzt.

⊙ **Verhängnisvoller Bombenfund. — Elf Verletzte.** In Valencia ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Ein Lumpensammler hatte einige mit Erde beschmutzte Bomben gefunden und versuchte sie in einer verkehrsreichen Straße zu reinigen. Plötzlich explodierte eine Bombe, und verletzte sieben Kinder schwer. Dem Lumpensammler wurde die rechte Hand abgerissen. Vier weitere Personen, die an jener Stelle vorübergingen, erlitten leichtere Verletzungen.

⊙ **Fünf Todesopfer bei einem riesigen Getreidespeicherbrand.** In einem großen Getreidespeicher einer amerikanischen Eisenbahngesellschaft in Newport News (Virginia) brach infolge Staubexplosion Feuer aus, das allen Löschversuchen zum Trotz innerhalb kurzer Zeit das ganze riesige Gebäude in Schutt und Asche legte. Fünf Personen haben dabei den Tod gefunden; eine größere Anzahl wurde verletzt. Der Sachschaden geht in die Millionen.

⊙ **Ein 147jähriger Marokkaner gestorben.** In Midelt in Marokko starb ein Eingeborener namens Sidi Lahbib ben Maati, der behauptete, 147 Jahre alt zu sein. Da vor Beginn des französischen Protektorats in Marokko keine Geburtsscheine ausgestellt wurden, sind seine Angaben nicht nachzuprüfen. Lahbib, der mit der Herrscherfamilie der Sultane verwandt ist, lebte bei seinen zahlreichen Urenkeln und hatte persönliche Erinnerungen an die Regierungszeit der letzten neun Sultane.

⊙ **Gewaltiger Bergkristall im Ural gefunden.** Im Uralgebirge wurde ein Bergkristall von einem Gewicht von 500 Kilo gefunden. Es ist der größte und schönste Bergkristall, den man bisher kennt. Er machte große Mühe, den Kristall von Gestein loszubrechen. Er wurde auf ein Lastauto geladen, um nach Moskau transportiert zu werden.

○ **Notlandung eines belgischen Militärflugzeuges in Köln.** Auf dem Ausstellungsgelände im Rheinpark in Köln-Deutz landete nachmittags ein belgisches Militärflugzeug. Der Flugzeugführer hatte wegen besonders schlechten Wetters deutsches Gebiet aufsuchen müssen. Bei der Notlandung wurde das Flugzeug leicht beschädigt, während der Führer unverletzt blieb. Seinem Wunsche entsprechend wird mit Unterstützung der Deutschen Luftbansa das Flugzeug abmontiert und auf dem Bahnweg nach Belgien zurückbefördert werden.

⊙ **Kind verbrennt die ganzen Ersparnisse des Vaters.** In langen Jahren schwerer Arbeit hatte sich der Arbeiter Kawalski in Ludwikow (Polen) etwa 5000 Zloty gespart, um sich einmal eine eigene Scholle zu kaufen. Sein mühsam erspartes Geld verwahrte er in einer Blechdose. Als nun eines Tages die Eltern ausgegangen waren, suchte die fünfjährige Tochter die Blechbüchse heraus, entnahm ihr das Geld und warf es ins Feuer, wo es in Flammen aufging.

⊙ **Hinrichtung eines achtfachen Mörders.** In der westbulgarischen Stadt Wratza wurde der achtfache Raubmörder Jordan Michailoff durch den Strang hingerichtet. Michailoff, der in den Jahren 1929 und 1930 die Bezirke Lowetsch und Wratza mit seinen zahlreichen Raubüberfällen und Morden in Schrecken gehalten hatte, war, als ihm der Boden in Bulgarien zu heiß geworden war, nach Südslawien geflüchtet, wo er sich als politischer Flüchtling ausgab. Ein Auslieferungsantrag war von Bulgarien nicht gestellt worden, da man seinen Aufenthalt nicht kannte. Als Michailoff im vorigen Jahre wieder über die Grenze wechselte und mehrere Bluttaten verübte, konnte er dingfest gemacht werden.

⊙ **Die größte Ameisensammlung der Welt.** Eine Sammlung von 7000, z. T. außerordentlich seltenen Ameisen ist von Südafrika unterwegs nach England. Es handelt sich bei dieser Sammlung, in der 653 verschiedene Ameisenarten vereinigt sind, um eine der bedeutendsten, die nur noch durch eine Sammlung in New York übertroffen wird.

⊙ **Überlistete Menschenräuber.** Aus Darien in Connecticut wird berichtet, daß eine Gruppe Menschenräuber, die das Haus eines wohlhabenden Schiffsagenten namens Westheim überfiel, um dessen zwölfjährigen Sohn zu entführen, eine unangenehme Überraschung erlebte. Da die Familie vor einigen Tagen Drohbriefe erhalten hatte, hatten sich in dem Haus sechs Geheimpolizisten verborgen. Vier Mitglieder der Bande trafen in einem Kraftwagen ein und gingen, da kein Polizist in Sicht war, ohne weiteres auf das Haus los. In diesem Augenblick öffnete sich die Tür, und die Banditen sahen sich sechs schußbereiten Revolvern gegenüber. Es entwickelte sich ein wilder Kampf, in dessen Verlauf zwei Beamte leichte Schußwunden erlitten. Die Verbrecher wurden schließlich überwältigt und ins Gefängnis gebracht.

⊙ **Flugzeugunglück in Australien — vier Tote.** Ein britisches Verkehrsflugzeug stürzte ungefähr 45 Kilometer von Long Beach (Queensland) ab. Die vier Insassen — drei Mann Besatzung und ein Fahrgast — fanden den Tod. Es handelte sich um das zweite britische Verkehrsflugzeug, das Post von London nach Australien gebracht hat. — Im Verlauf des letzten Monats hat sich schon ein schwerer Verkehrsunfall in Australien ereignet. Vor nicht ganz vier Wochen ging ein Passagierflugzeug mit elf Insassen verloren, und da keine Spur von ihm entdeckt werden konnte, wird angenommen, daß es in die See gestürzt ist.

○ **Unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftet.** Unter dem Verdacht, ihr neugeborenes Kind getötet zu haben, wurde in Lauenburg (Pommern) die Witwe Berta Arndt verhaftet. Die Festgenommene, die seit anderthalb Jahren verwitwet ist, hatte am 7. November ohne fremde Hilfe ein Kind geboren. Die Frau hatte die Leiche des Kindes einige Tage im Hause aufbewahrt und dann im Grabhügel ihres verstorbenen Mannes verscharrt

⊙ **Hochaltar einer spanischen Kirche in die Luft gesprengt.** In der Nähe der nordspanischen Hafenstadt Vigo legten unbekannte Täter unter dem Hochaltar einer Dorfkirche vier mit Dynamit geladene Bomben, die kurze Zeit darauf explodierten und wertvolle Kunstschätze zerstörten. Ferner explodierte in den Büroräumen einer Keramikfabrik eine Bombe. Die Fabrikanlagen wurden schwer beschädigt.

Kleine Wirtschaftsnachrichten

Grubenholzdeckung aus dem deutschen Wald.

Trotz Stabilisierung des Grubenholzpreises und der bereits erfolgten Frachtsenkungen mußten in den östlichen Provinzen noch immer große für Grubenholzzwecke geeignete Holzbestände als Brennholz Verwertung finden, weil angesichts der weiten Entfernungen vom Erzeugungs- zum Verbrauchsgebiet ein die Grubenholzaufbereitung gewährleistender Holzpreis nicht zu erzielen war. Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen für die endgültige Durchführung der Marktordnung auf dem Gebiete der Forst- und Holzwirtschaft fanden deshalb seit einiger Zeit Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Abteilung Holzwirtschaftspolitik, und der Deutschen Reichsbahn statt mit dem Ziele, das seinem eigentlichen Verwendungszweck entzogene, für Grubenholz geeignete Holz des deutschen Ostens der Wirtschaft zugängig zu machen und damit diese Waldgebiete einer intensiveren Nutzholzwirtschaft zu erschließen. Im Verlauf dieser Verhandlungen hat sich die Reichsbahn bereit erklärt, an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken, und einer Frachtsenkung zugestimmt, die es ermöglicht, auch das Grubenholz der entferntesten Waldgebiete des Ostens den Verbrauchsgebieten zuzuführen und damit gleichzeitig die Bedarfsdeckung für Grubenholz aus dem deutschen Wald sicherzustellen. Die Frachtermäßigung soll ausschließlich dem Waldbesitz zugute kommen.

Getreide- und Kartoffelvorräte Ende Oktober.

Die Marktberichtstelle beim Reichsnährstand veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Erhebung über die Ende Oktober d. J. in der Landwirtschaft vorhanden gewesenen Getreidebestände. Beim Roggen haben die Bestände bei den Bauern im Oktober um 10 Prozent abgenommen gegenüber einer Verminderung um 12 Prozent im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Infolge der geringeren Ernte ist die tatsächliche Abnahme ebenfalls geringer als im letzten Jahre zu veranschlagen. Zu berücksichtigen ist hierbei auch noch, daß in der Verminderung der Roggenbestände noch ein Teil der im Oktober erfolgten Winteraussaat enthalten ist. Von der Verfütterung haben die Bauern nur in einem sehr vorsichtigen Umfange Gebrauch gemacht, so daß der größte Teil der verkauften Menge auf die Ablieferungsverpflichtung der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Die Verringerung der Wintergerstenvorräte hat bei der Bauernschaft 14 Prozent betragen gegen nur 11 Prozent im vergangenen Jahre. Bei Sommergerste machte die Abnahme 10 Prozent gegen 11 Prozent im letzten Jahre aus. In diesen Zahlen kommt das Bestreben der Bauern in einer sehr vorsichtigen Bewirtschaftung der Gerstenbestände zum Ausdruck, schon im Hinblick auf die Notwendigkeit, mit dem vorhandenen eigenen Futtergetreide möglichst sparsam zu wirtschaften. Das gleiche Bild zeigt sich auch beim Hafer, wo die Abnahme der bei der Bauernschaft vorhandenen Vorräte 8 Prozent betrug gegenüber 7 Prozent im letzten Jahre. Bei den Spätkartoffeln hat die Abnahme der Bestände im Oktober d. J. 16 Prozent der Gesamternte ausgemacht gegen 15 Prozent im Oktober des letzten Wirtschaftsjahres. Die tatsächlich bei den Bauern noch vorhandenen Kartoffelvorräte dürften auf etwa 32 Millionen Tonnen anzunehmen sein, eine Menge, die die des letzten Jahres noch etwas übertreffen dürfte. Die Versorgungslage bei Kartoffeln muß zumindest als ebensogut wie im vergangenen Jahre beurteilt werden.

Wachsender deutscher Tabakverbrauch.

Die Nachfrage nach Tabakerzeugnissen ist nach amtlichen Feststellungen im Rechnungsjahr 1933/34 gestiegen und hat zu einer entsprechenden Produktionserhöhung des Tabakgewerbes geführt. Auch die Zahl der in der Tabakindustrie und im Tabakwarenhandel beschäftigten Angestellten und Arbeiter hat sich vermehrt. Der gesamte deutsche Tabakverbrauch betrug, in Rohstoffe umgerechnet, 1933/34 rund 1,149 Millionen Doppelzentner = 1,76 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung gegen 1,085 Millionen Doppelzentner bzw. 1,67 Kilogramm im Vorjahr. Das ist ein Mehr von 5,9 Prozent. Die Aufwärtsbewegung des Tabakverbrauchs hat in der ersten Hälfte des Rechnungsjahres 1933/34 weitere Fortschritte gemacht. Die Zahl der Tabakwarenhändler betrug am 31. März dieses Jahres 638 648 gegen 638 221 im Vorjahre. Darunter befanden sich 55 952 (55 233), die sich ausschließlich mit dem Tabakwarenhandel befaßten.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.
Hauptschriftleiter: Wilhelm Bell, Stellvertreter: Robert Bell; für Anzeigen: Robert Bell; beide in Halver.
D. A. X. 34: 1706.

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag, den 27. November 1934, vormittags 9 Uhr werde ich in meinem Versteigerungslokal **Wirtschaft Alte in Ostendorf**

1 Kuh, 1 Bullen, 1 Motorrad,

anschließend um 10 Uhr in **Halver, „Hotel zur Post"**

1 Geldschrank, 1 Sessel, 1 Warenschrank, 1 Posten Eisenwaren, 1 Schreibtisch

öffentlich meistbietend gegenbare Zahlung versteigern.

Lüdenscheid, den 26. Nov. 1934

Lange
Obergerichtsvollzieher,

Versammlung der Landjugend der Ortsbauernschaft Halver.

Am Donnerstag, d. 29. Nov. nachm. 17 Uhr findet im „Hotel zur Post" eine **Versammlung der Jungbauern, Jungbäuerinnen und Junggärtner** d. Ortsbauernschaft Halver statt. U. a.

Lichtbilder-Vortrag Herr Düllmann „Deutschlands Zusammenbruch u. Nationale Wiedergeburt."

Erscheinen ist Pflicht.

Pelzwaren



ausgesuchte, gute Qualitäten empfiehlt

Kürschnermeister Karl Happe, Lüdenscheid Adolf Hitler-Platz.

Kataloge
Programme
Dissertationen
Ein- und
Mehrfarbendrucke
in bester Ausführung
liefert bei billigster Berechnung

Buchdruckerei
Wilhelm Bell jr., Halver



Werben schafft Arbeit!
Jeder Geschäftsmann folgt dieser Parole!

In Halver
Wohnung
bestehend aus 4 Zimmern und Küche **gesucht.**

Angebote werden erbeten unter Nr. A 100 an die Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers Halver.

Stadttheater Hagen.

Montag, 26. Nov., 15.30 bis ca. 18 Uhr: **„FAD. Kroschenen".**
— 20 bis ca. 22 Uhr, letzte öffentliche Vorstellung: **„Die Heimkehr des Matthias Bruck"**, Schauspiel.

Dienstag, 27. Nov., 15.30 bis bis ca 18 Uhr: **„FAD. Kroschenen".**
— 20 bis ca. 22.45 Uhr, Erstaufführung: **„Wenn ich König wär".** Rom.-Kom. Oper.

Mittwoch, 28. Nov., 20 bis ca. 22 Uhr, Erstaufführung: **„Christa, ich erwarte Dich!".** Lustspiel.

Donnerstag, 29. Nov., 20 bis ca. 23 Uhr: **„Pußtablut"**, Opt.

Freitag, 30. Nov., 20 bis ca. 22 Uhr: **Tanzabend**

Samstag, 1. Dez., 20 bis ca. 23 Uhr: **„Die gold'ne Meisterin".**

Sonntag, 2. Dez., 19.30 bis ca. 22.30 Uhr: **„Pußtablut".**